



In der feudalen Landtagstube geht es auch um höhere Gebühren für die Steirer. Damit die Abgeordneten besser nachvollziehen können, wie sich neue Belastungen auswirken, sollen sie nicht mehr verdienen als der Großteil der Bevölkerung.

FÜR POLITIKER

die Bevölkerung spüren“, befürchtet Kaltenegger.

Die KPÖ schlägt deshalb vor, bei den Politikerbezügen zu sparen. Konkret soll eine Änderung des steirischen Bezügegesetzes erfolgen, das dann als Bemessungsgrundlage eine Verbindung zum so genannten Ausgleichszulagenrichtsatz herstellt. Das sind derzeit 690 Euro.

Die Landespolitiker würden damit – wenn es nach den Vorschlägen der KPÖ geht – ungefähr ein Drittel weniger verdienen als bisher. Wenn der höchste Politikerbezug in der Steiermark auf das Fünzfache dieses Werts beschränkt wird, bekomme der Landeshauptmann damit immer noch 10.350 Euro brutto pro Monat. Das Land könnte dadurch mehr einsparen, als Personallandesrat Hirt durch das von ihm angekündigte

Streichen von 50 Arbeitsplätzen gewinnen könnte.

Klubobmann Ernest Kaltenegger: „Durch diese Regelung müsste kein Politiker am Hungertuch nagen, das Land könnte aber eine Riesensumme sparen. Wenn die Politik wieder an Glaubwürdigkeit gewinnen will, muss sie ganz oben ein Zeichen setzen anstatt immer nur bei den Beziehern kleinerer Einkommen zu sparen.“

Abstimmung verhindert

Ein Entschließungsantrag der KPÖ zur Neuregelung der Politikerbezüge in der Steiermark wurde allerdings in der Landtagssitzung am 14. März nicht zur Abstimmung zugelassen. Begründet wurde dies mit dem angeblich fehlenden Zusammenhang mit jenem Tagesordnungspunkt, der sich mit dem Dienst- und

MEINUNG

Ernest Kaltenegger

Wo soll gespart werden?

Wir müssen die Gürtel enger schnallen“, bekommt die Bevölkerung immer öfter zu hören. Ob es um Verschlechterung bei den Pensionen, Einsparungen bei Sozialleistungen oder um Personalabbau geht, immer sind auch Politiker dabei, die eifrig in Chor der selbsternannten Sparmeister einstimmen.

Wenn es aber um die eigenen Privilegien geht, dann schaut die Sache plötzlich ganz anders aus. Da ist von leistungsgerechten Gehältern die Rede, die notwendig seien, damit man tüchtige Leute in die Politik bekommen könne. Wer für Einsparungen bei Politikerbezügen eintritt, wird umgehend zum „Populisten“ gestempelt. Diesen Vorwurf bekommt auch die KPÖ zu hören, weil sie den Rotstift bei Politikern ansetzen möchte.

Die KPÖ will die Politikergagen künftig von der Höhe der Mindesteinkommen abhängig machen. Das höchste Politiker-einkommen sollte das Fünzfach-



fache eines Mindesteinkommens nicht überschreiten. Damit sollte bewirkt werden, dass sich die Volksvertreter wieder mehr um die kleinen Einkommen kümmern. Schließlich würde sich deren Anhebung auch auf das eigene Gehalt positiv auswirken. Vielleicht lässt sich damit auch die in den letzten Jahrzehnten immer weiter auseinanderklaffende Einkommensschere wieder etwas verkleinern.

Noch eine Nebenwirkung könnte eine Reduzierung der Politikereinkommen haben: Vielleicht kommen noch mehr Mandatare darauf, dass die öffentlichen Kassen längst nicht so leer sein müssten. Schließlich haben sich die Vermögen der Reichen und Superreichen geradezu explosionsartig vermehrt. Nur eine gerechtere Besteuerung verschafft den Haushalten von Bund, Ländern und Gemeinden wieder jenen Spielraum, den sie zur Finanzierung ihrer Aufgaben brauchen. Mit Sonntagsreden ist dagegen niemandem geholfen.

Besoldungsrecht des Landes Steiermark beschäftigte.

Die KPÖ wird nicht locker lassen. „Unser Vorschlag bringt nicht nur bedeutende Einsparungen, sondern auch einen Zusammenhang der Politikergehälter mit den niedrigsten Einkommen hergestellt. Dadurch wäre die Politik motiviert, sich stärker um die Einkommen der sozial Schwächsten zu kümmern“, sagt Ernest Kaltenegger. Die KPÖ wird sich weiter für eine neue Regelung der Politikerbezüge stark machen.



RAT UND HILFE

Mieterschutzverband Steiermark

Sparbersbachgasse 61

Tel. 38 48 30

(GVB Linie 3 - Rechbauerstraße)

Sprechstunden – Bitte

um tel. Voranmeldung!

Mittwoch 14.30 – 19.00 Uhr

Freitag 9.00 – 11.30 Uhr

www.mieterschutzverband.at